

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

Die neuen EU-Mitglieder Finnland, Österreich und Schweden begrüßt die stellvertretende SPD-Vorsitzende **Heidmarie Wieczorek-Zeul**.

Seite 1

Die Bundesregierung muß im Tschetschenien-Konflikt Stellung beziehen fordert **Norbert Gansel MdB**.

Seite 2

In Bulgarien haben die Ex-Kommunisten die absolute Mehrheit errungen. Dem Land eine Chance zu geben empfiehlt **Gernot Erler MdB**.

Seite 3

Dokumentation:

Brief des SPD-Partei- und -Fraktionsvorsitzenden **Rudolf Scharping** an die Mitglieder von SPD-Vorstand und SPD-Bundestagsfraktion zur UNO- und NATO-Politik im früheren Jugoslawien.

Seite 4

50. Jahrgang / 1

2. Januar 1995

Eine Chance für die Reform der Europäischen Union Zum Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden zur Europäischen Union am 1. Januar 1995

Von **Heidmarie Wieczorek-Zeul MdB**
Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ab dem 1. Januar 1995 wird die Europäische Union größer. Europa wächst ein Stück zusammen:

Österreich, Finnland und Schweden werden Mitglied der Europäischen Union. Der EU werden von da an 15 Mitgliedsstaaten und 370 Millionen Menschen angehören. Die EU wird die stärkste Wirtschafts- und Handelsmacht weltweit sein. Ihr Bruttoinlandsprodukt wird auf 11,3 Billionen DM anwachsen.

Übrigens: Die neuen Mitgliedsländer verstärken auch die finanzielle Basis der Europäischen Union.

Wir begrüßen die neuen europäischen Mitbürger und Mitbürgerinnen. Wir setzen große Hoffnungen auf sie. Auf eine Politik der Reformen in und mit der Europäischen Union. Die gravierenden Mängel der EU sind gerade in den letzten Jahren deutlich geworden und haben zu einem großen Vertrauensverlust zu "Europa" geführt. Europa wird für viele in den alten EU-Mitgliedsländern nicht mehr gleichgesetzt mit Hoffnung, sondern ist für viele gerade noch Reparaturbetrieb.

Die neuen Mitgliedsländer Österreich, Schweden, Finnland stehen jedes in seiner Weise für eine andere, eine sozialdemokratisch geprägte Politik, die sozialstaatliche Traditionen sichert und die eine umweltverträgliche, arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik betreibt, die ernst macht mit der Gleichstellung von Frauen und die Außenpolitik betreibt, die auf zivile Konfliktlösungen und vorbeugende Konfliktprävention setzt. Nicht umsonst wird mit ihnen die Tradition des Peace-Keeping verbunden.

Wir hoffen darauf, daß mit dem Eintritt dieser Länder in die Europäische Union, die Voraussetzungen für das weitere Zusammenwachsen Europas mit den mittel- und osteuropäischen Ländern verbessert werden. Wir hoffen darauf, daß die Europäische Union in Richtung Bürgernähe und demokratische Traditionen reformiert wird. Wir hoffen, daß sich die praktische Politik der Europäischen Union, die immer noch weitgehend über die Mitgliedsregierungen gestaltet wird, grundlegend ändert. Die Bundesregierung kann sich zukünftig bei ihrer rückwärts gewandten Politik nicht mehr hinter der konservativen englischen Regierung verstecken, sondern muß sich an den neuen EU-Mitgliedstaaten messen lassen:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veröffentlicht unter
mitunterstützung der
Kreuzfahrt-Presse



nalwahlen, die im September in Bremen stattfinden werden, der Fall ist. Es folgen Kommunalwahlen in Berlin (12/95), Bayern (3/96) und Niedersachsen (10/96). In Deutschland leben rund 1,5 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, davon sind circa eine Million im Wahlalter. Mit dieser Richtlinie, die im Oktober 1994 bereits vom Europaparlament beschlossen wurde, soll der Grundsatz des Unionsvertrages über die Gleichbehandlung von Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union weiterentwickelt werden. Das heißt auch: Deutsche in Frankreich, Belgien oder Griechenland sollen nicht länger als "Ausländer" gelten, sondern wie die Bürgerinnen und Bürger des Landes, in dem sie wohnen, behandelt werden.

Wichtig ist, daß möglichst viele EU-Bürgerinnen und -Bürger tatsächlich die Möglichkeit erhalten, an den Kommunalwahlen beteiligt zu werden. Bei den Europawahlen, bei denen erstmals ein solches EU-Bürger-Wahlrecht praktiziert wurde, nahmen aufgrund mangelhafter Informationen durch die Bundesregierung und einer viel zu späten gesetzlichen Regelung nur knapp fünf Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger teil.

Die Länder sollen jetzt für die Kommunalwahlen sicherstellen, daß

1. die EU-Bürgerinnen und -Bürger in den Kommunen und Kreisen automatisch in die Wählerverzeichnisse aufgenommen werden und nicht erst nur auf Antrag wahlberechtigt sind. Dies wäre auch ein kostensparender Beitrag zur Entbürokratisierung.
2. die EU-Bürgerinnen und -Bürger über ihr neues Wahlrecht frühzeitig und umfassend in ihren Sprachen informiert werden,
3. die EU-Bürgerinnen und -Bürger auch auf ihr Recht hingewiesen werden, für Stadt- und Gemeinderäte zu kandidieren und sicherstellen, daß dafür keine Einschränkungen gemacht werden können.

Die Richtlinie der Europäischen Union läßt wegen der Unterschiedlichkeit der kommunalen Gebietskörperschaften in Europa in bestimmten Fällen Einschränkungen bei der Wahrnehmung des passiven Wahlrechts zu. Wir wollen, daß in Deutschland auch Italiener, Belgier oder Portugiesen und alle anderen EU-Bürger für alle Wahlämter auf kommunaler Ebene kandidieren dürfen.

Für die SPD gilt: Werben wir vor allem Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der EU für die Partei. Wir wollen nicht, daß bei Kommunalwahlen nationale Listen aufgestellt werden, auf denen Niederländer, Spanier oder Franzosen mit eigenen Listen kandidieren. Wir wollen die Integration fördern und Kandidatinnen und Kandidaten aus der Europäischen Union auf SPD-Listen aufstellen.

Nutzen wir dieses neue Kommunalwahlrecht für EU-Bürgerinnen und -Bürger, um unserer Forderung nach dem Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer neuen Nachdruck zu verleihen. Dazu sollten wir jetzt auf allen Ebenen Informationsveranstaltungen mit Ausländerinnen und Ausländern durchführen, damit die Versuche der Konservativen, ein integrierendes Ausländerrecht zu verhindern, daß diesen Namen auch verdient - siehe die Diskussion um neues Staatsbürgerrecht - nicht erfolgreich sind.

Die SPD hat viele Sympathisanten bei den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Das neue Kommunalwahlrecht ist also auch eine Chance für die SPD, neue Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und ihre Rechte in den kommunalen Parlamenten zu stärken.

(-/23. Dezember 1994/rs/fr)

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern gute Weihnachtsfeiertage und für 1995 Glück, Gesundheit und Erfolg.

SPD-Pressedienst GmbH
Verlag und Redaktion

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: (0228) 915 20-12 (Redaktion)
915 20-15

Inhalt

Die neuen EU-Mitglieder Finnland, Österreich und Schweden begrüßt die stellvertretende SPD-Vorsitzende **Heidemarie Wieczorek-Zeul**.

Seite 1

Die Bundesregierung muß im Tschetschenien-Konflikt Stellung beziehen fordert **Norbert Gansel MdB**.

Seite 2

In Bulgarien haben die Ex-Kommunisten die absolute Mehrheit errungen. Dem Land eine Chance zu geben empfiehlt **Gernot Exler MdB**.

Seite 3

Dokumentation:

Brief des SPD-Partei- und -Fraktionsvorsitzenden **Rudolf Scharping** an die Mitglieder von SPD-Vorstand und SPD-Bundestagsfraktion zur UNO- und NATO-Politik im früheren Jugoslawien.

Seite 4

50. Jahrgang / 1

2. Januar 1995

Eine Chance für die Reform der Europäischen Union Zum Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden zur Europäischen Union am 1. Januar 1995

Von **Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB**
Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ab dem 1. Januar 1995 wird die Europäische Union größer. Europa wächst ein Stück zusammen:

Österreich, Finnland und Schweden werden Mitglied der Europäischen Union. Der EU werden von da an 15 Mitgliedsstaaten und 370 Millionen Menschen angehören. Die EU wird die stärkste Wirtschafts- und Handelsmacht weltweit sein. Ihr Bruttoinlandsprodukt wird auf 11,3 Billionen DM anwachsen.

Übrigens: Die neuen Mitgliedsländer verstärken auch die finanzielle Basis der Europäischen Union.

Wir begrüßen die neuen europäischen Mitbürger und Mitbürgerinnen. Wir setzen große Hoffnungen auf sie. Auf eine Politik der Reformen in und mit der Europäischen Union. Die gravierenden Mängel der EU sind gerade in den letzten Jahren deutlich geworden und haben zu einem großen Vertrauensverlust zu "Europa" geführt. Europa wird für viele in den alten EU-Mitgliedsländern nicht mehr gleichgesetzt mit Hoffnung, sondern ist für viele gerade noch Reparaturbetrieb.

Die neuen Mitgliedsländer Österreich, Schweden, Finnland stehen jedes in seiner Weise für eine andere, eine sozialdemokratisch geprägte Politik, die sozialstaatliche Traditionen sichert und die eine umweltverträgliche, arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik betreibt, die ernst macht mit der Gleichstellung von Frauen und die Außenpolitik betreibt, die auf zivile Konfliktlösungen und vorbeugende Konfliktprävention setzt. Nicht umsonst wird mit ihnen die Tradition des Peace-Keeping verbunden.

Wir hoffen darauf, daß mit dem Eintritt dieser Länder in die Europäische Union, die Voraussetzungen für das weitere Zusammenwachsen Europas mit den mittel- und osteuropäischen Ländern verbessert werden. Wir hoffen darauf, daß die Europäische Union in Richtung Bürgernähe und demokratische Traditionen reformiert wird. Wir hoffen, daß sich die praktische Politik der Europäischen Union, die immer noch weitgehend über die Mitgliedsregierungen gesteuert wird, grundlegend ändert. Die Bundesregierung kann sich zukünftig bei ihrer rückwärts gewandten Politik nicht mehr hinter der konservativen englischen Regierung verstecken, sondern muß sich an den neuen EU-Mitgliedstaaten messen lassen:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Zertifiziert Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recyclingpapier



- Notwendig ist eine Europäische Union, in der eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung und eine Verkehrspolitik zur Praxis werden, in der Energie- und Rohstoff-Sparen beispielhaft gefördert werden. Eine Europäische Union, die damit auch ein Beispiel mit Blick auf die Weltklimakonferenz in diesem Jahr gibt.
- Notwendig ist auch eine Europäische Union, die endlich den Millionen Arbeitslosen Perspektive gibt, und die Ansätze des Weißbuches von Jacques Delors mutig aufgreift, statt sie ängstlich beiseite zu schieben.
- Notwendig ist eine Europäische Union, die sich ihrer eigenen Ursprünge bei der Gleichstellung der Frauen im Arbeitsleben besinnt und aktive Frauenförderung zu einem Schwerpunkt macht.
- Die neuen Mitgliedsländer werden bei der EU-Reform im Rahmen der Revision des Maastricht-Vertrages aktiv beteiligt sein. Das ist gut so. Sie werden für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eintreten, die die zivilen sicherheitspolitischen Elemente stärkt. Konzepte, wie sie sich hinter den "Kernauropa"-Vorstellungen verbergen, die aus der Europäischen Union auch eine militärische Gemeinschaft machen wollen, haben bei ihnen keine Chance. Das ist gut so. Solange es die NATO gibt, brauchen wir kein europäisches Militärbündnis.

(-/2. Januar 1995/hgs/ks)

**Felge und falsche Ausrede
Bundesregierung muß im Tschetschenien-Konflikt Stellung beziehen**

**Von Norbert Gansel MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen
Bundestages**

1. Ich fordere die Bundesregierung erneut auf, zum Tschetschenien-Konflikt Stellung zu nehmen und im Rahmen der KSZE (ab. 1. Januar 1994 OSZE) für eine friedliche Lösung und im Interesse der Menschenrechte initiativ zu werden.

2. Die Behauptung, der Tschetschenien-Konflikt sei eine innere Angelegenheit Rußlands, für die das Gebot der Nichteinmischung gelte, ist eine feige und falsche Ausrede.

3. Die Beschlüsse der Budapester-Konferenz der KSZE vom 5. und 6. Dezember 1994 (verkündet im Bulletin der Bundesregierung vom 23. Dezember 1994) enthalten im "Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit" ausdrücklich die völkerrechtliche Legitimation für eine Initiative.

"Jeder Teilnehmerstaat wird gewährleisten, daß jeder Beschluß, seine Streitkräfte mit Aufgaben der inneren Sicherheit zu betrauen, im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Verfahren gefaßt wird. In diesen Beschlüssen werden die Aufträge der Streitkräfte niedergelegt, wobei zu gewährleisten ist, daß diese unter der wirksamen Kontrolle durch verfassungsmäßige Organe sowie unter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit erfüllt werden. In Fällen, in denen zur Erfüllung von Aufgaben der inneren Sicherheit ein Rückgriff auf Gewalt nicht vermieden werden kann, wird jeder Teilnehmerstaat gewährleisten, daß der Einsatz von Gewalt den Erfordernissen der Durchsetzung angemessen sein muß. Die Streitkräfte werden es sorgsam vermeiden, Zivilpersonen zu beeinträchtigen oder deren Hab und Gut zu beschädigen." Ziffer 36

"Jeder Teilnehmerstaat ist für die Erhaltung dieses Kodex verantwortlich. Auf Ersuchen wird ein Teilnehmerstaat Fragen in bezug auf die Einhaltung des Kodex in angemessener Weise klären. Um die Einhaltung dieses Kodex zu beurteilen, zu überprüfen und erforderlichenfalls zu verbessern, sind die entsprechenden Gremien, Mechanismen und Verfahren der KSZE heranzuziehen." Ziffer 38

"Die in diesem Verhaltenskodex angenommenen Bestimmungen sind politisch bindend... Dieser Kodex tritt am 1. Januar 1995 in Kraft." Ziffer 39

4. Da die Bombenangriffe der russischen Luftwaffe gegen Wohnviertel in Grosny auch gegen andere ältere und gültige KSZE-Beschlüsse verstoßen, ist die Bundesregierung nicht gehindert, schon jetzt den KSZE-Mechanismus in Gang zu setzen. Mit ihrer Untätigkeit erweckt sie den Eindruck, daß Rußland bei internen Gewaltlösungen und Menschenrechtsverletzungen in der OSZE einen privilegierten Status erhält. Vor einer solchen Entwicklung muß rechtzeitig und nachdrücklich gewarnt werden. Die Zukunft der OSZE wäre damit aufs Spiel gesetzt.

(-/2. Januar 1995/hgs/ks)

Dem Land eine Chance geben **Bulgarien nach den Wahlen**

Von Gernot Eifer MdB

Die Parlamentswahlen vom 18. Dezember in Bulgarien bringen die "Bulgarische Sozialistische Partei" (BSP), also die ehemaligen Kommunisten, nach einer vierjährigen Pause wieder in die Regierungsverantwortung. Fast 44 Prozent der Stimmen bescherten Ihnen 125 von 240 Sitzen und damit die absolute Mehrheit. Nicht unerwartet verlor die "Union der demokratischen Kräfte" (UDK), einst Motor der friedlichen bulgarischen Revolution, an Zugkraft und landete bei 24 Prozent und 69 Sitzen. Drei weitere Parteien beziehungsweise Allianzen übersprangen die Vier-Prozent-Hürde: Die konservative "Volks-Union" (6,5 Prozent, 18 Mandate), die "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (BRF) als Stimme der türkischen Minderheit mit 5,4 Prozent und 16 Sitzen sowie der "Bulgarische Businessblock" (BBB) mit 4,5 Prozent und 13 Sitzen. 43 Parteien und Wahlverbindungen scheiterten an der Vier-Prozent-Hürde mit insgesamt fast 16 Prozent der Wählerstimmen, darunter auch die "Demokratische Alternative für die Republik" (DAR), zu der sich die Sozialdemokraten, die Grünen, eine liberale Gruppe sowie eine sozialdemokratische Abspaltung aus der BSP (die "Bürgerallianz für die Republik" des Alexander Tomov) im September 1994 zusammengeschlossen hatten.

Bulgarien hat damit eine Entwicklung nachvollzogen, die typisch ist für die Transformationsgesellschaften Osteuropas und die zuvor schon in Litauen, Polen und Ungarn zu beobachten war: Auf dem für die Bevölkerung verlustreichen Weg zur Marktwirtschaft verschleifen sich die von Reformkräften getragenen Regierungen schnell und geben den gewandelten ex-kommunistischen Parteien eine neue Chance. Der Westen hat auf solche Wechsel in Wilna mit Brazauskas, Warschau mit Pawlak und Budapest mit Horn besonnen und kooperativ reagiert. In allen drei Ländern setzen allerdings die Links-Regierungen auch den Reformkurs ihrer Vorgänger in leichten Varianten, aber im Kern entschieden fort.

Nicht alles ist in Sofia mit den Verhältnissen in den genannten mitteleuropäischen Ländern vergleichbar. Die vorgezogene Wahl vom 18. Dezember beendet günstigenfalls eine politische Patt- und Stagnationsphase, in der die Transformation ins Stocken geriet, vor allem wegen Aufsplitterungen und Auflösungsereignissen in dem Reformbündnis UDK. Jetzt entzog also der Wähler sein Vertrauen nicht Parteien dafür, daß sie zu schnell und rücksichtslos mit den Veränderungsprozessen vorwärtsschritten, sondern weil gar nichts mehr passierte. Die neue Regierung muß in einem Aufholprozeß wichtige Reformvorhaben erst noch in Gang setzen. Bisher ist unklar, ob die BSP die innere Kraft und Einigkeit dazu findet, diese Aufgabe zu meistern. Es wäre eine große Chance für die Partei wie für das Land.

Dabei ist die Ausgangslage beängstigend schlecht. Seit 1990 sank das Bruttoinlandsprodukt um 40 Prozent, die Arbeitslosenrate nähert sich 20 Prozent, die Inflation wird auch 1994 trotz aller Bemühungen die 100 Prozent übersteigen und größere Hilfsleistungen von außen sind nicht zu erwarten. Das Land leidet weiter unter dem Jugoslawien-Embargo, das schwerste Verluste für den Westexport vor allem verderblicher Güter verursacht. Die Europäische Union hat in Essen zwar beschlossen, mit einem zweiten Brückenwerk über die Donau nach Rumänien zu helfen, aber das wird dauern. Und westliche Investoren lassen sich bisher durch die politische Instabilität in der Balkanrepublik abschrecken: Sie legten in den letzten drei Jahren nur die lächerliche Summe von 167 Millionen Dollar an, während zum Beispiel fünf Milliarden Dollar nach Ungarn flossen.

Der Westen hat ein Interesse an dauerhafter Stabilität in Südosteuropa. Wir müssen Bulgarien und einer neuen Regierung nach diesen vierten störungsfreien und demokratischen Wahlen mit einer erfreulich stabilen Wahlbeteiligung (75 Prozent) eine Chance geben. Das europäische Assoziationsland Bulgarien kann diese Chance nur nutzen, wenn es sich jetzt eine arbeitsfähige Regierung auf der Basis einer soliden Parlamentsmehrheit, die vier Jahre hält, schafft. Es darf keine Vorurteile gegen die BSP unter ihrem jugendlichen Chef Jean Videnov geben, unvermeidbar und berechtigt ist aber eine genaue Beobachtung, ob die neue Regierung in Sofia das Vorbild anderer Transformationsstaaten aufgreift und Vertrauen schafft durch eine mutige Reformpolitik ohne populistische Zugeständnisse an den Teil der Wählerschaft, der vielleicht aus Nostalgie für die guten alten Zeiten die Sozialisten gewählt hat.

(-/2. Januar 1995/hgs/ks)

DOKUMENTATION

Keinen öffentlichen Nebelvorhang aufziehen

Positionen der SPD zur UNO- und NATO-Politik im ehemaligen Jugoslawien

Von Rudolf Scharping MdB *)

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 20. Dezember 1994 hat die Bundesregierung durch die Herren Kinkel und Rühle die SPD, am 21. Dezember 1994 die Ausschüsse des Bundestages über ihre Vorschläge im Zusammenhang mit der Eventualplanung der NATO wegen eines möglichen Abzugs der UN-Blauhelme aus dem ehemaligen Jugoslawien informiert.

Folgende Ziele und politische Einschätzungen scheinen mir wichtig und unstrittig:

1. Es besteht ein hohes Interesse, daß die UN im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien engagiert bleiben. Diese Haltung spiegelt auch den Konsens wider, der zwischen allen Entsendestaaten besteht. Ein Abzug von UNPROFOR beschwört unübersehbare Risiken für die Bevölkerung herauf: humanitäre Maßnahmen und der Schutz der Zivilbevölkerung werden unmöglich, die militärischen Konflikte werden noch schärfer und die Eskalation der Kriegshandlungen birgt die Gefahr in sich, daß sie auf andere Länder übergreifen. Darüber hinaus würde ein Abzug der UN-Blauhelme unübersehbare Auswirkungen für das Ansehen der UNO haben. Ihre Autorität als Instanz zur Konfliktbeilegung wäre nachhaltig beschädigt und würde die Erfolgsaussichten ihres zukünftigen Friedensengagement erheblich beeinträchtigen. Und auch die NATO verliere an politischer Glaubwürdigkeit, was sich zweifellos nicht günstig auf ihren inneren Zusammenhalt auswirken würde.

In diesem Sinne sollten wir also alles unternehmen, ein Verbleiben von UNPROFOR politisch zu unterstützen. Dazu gehört auch, auf die unzweifelhaften Erfolge von UNPROFOR hinzuweisen. Die von der Bundesregierung in den Vordergrund gerückte Diskussion um einen möglichen Abzug der UN-Truppen ist auch unter dem Aspekt unverantwortlich, daß sie die innenpolitische Diskussion in den Entsendestaaten, die Opfer zu beklagen haben und die Gefährdung ihrer Soldaten erleben, belastet.

2. Das grundsätzliche Interesse aller UNPROFOR-Staaten an der Erfüllung ihres Mandats legt es nahe, das Engagement der UN-Blauhelme wirkungsvoller zu gestalten. Dazu gehören politische Maßnahmen wie die Verstärkung und Schaffung waffenfreier Zonen sowie die Ausweitung von Schutzzonen und Entscheidungen über eine bessere Ausrüstung der Soldaten. Die Notwendigkeit einer schwereren Bewaffnung wird durch die Erfahrungen des skandinavischen Korps und der dänischen Soldaten bestätigt, die mit Leopard 1-Panzern stationiert wurden und nicht solchen Gefährdungen ausgesetzt waren, die weniger robust ausgerüstete UN-Verbände leider häufig erleben mußten. Vor diesem Hintergrund sind die Vorschläge der Oberkommandierenden der NATO- und UNPROFOR-Staaten zu unterstützen, die unter anderem eine verstärkte Ausrüstung der UNO-Truppen mit schweren Waffen sowie die Bildung größerer Verbände vorsehen. Mit diesen Maßnahmen wird die UN-Resolution 836 vom 4. Juni 1993 erfüllt, die unter anderem vorsieht, daß die UNPROFOR ermächtigt wird, "in Durchführung des Mandats und zur Selbstverteidigung, als Antwort auf die Bombardierung der Sicherheitszonen...oder im Falle einer vorsätzlichen Behinderung der Bewegungsfreiheit der UNPROFOR oder geschützter humanitärer Konvois...die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Anwendung von Gewalt".

Die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Verbleib der UNO-Blauhelme im ehemaligen Jugoslawien zeigen, daß es noch genügend Spielraum für politische Maßnahmen und erfolgversprechende Aktivitäten in der Ausfüllung des UN-Mandats gibt. Seine Stärkung ist für die leidenden Menschen in Bosnien die einzig erfolgversprechende Entscheidung und die Entsendestaaten verdienen Achtung für ihr großes Engagement. Ich sage das gerade auch deshalb, weil aus deutscher und insbesondere aus SPD-Sicht Forderungen für eine Stärkung des UN-Mandats im Hinblick auf eine fehlende Beteiligung Deutschlands nur mit großer Zurückhaltung erhoben werden sollten.

3. Die Debatte über den Abzug von UNPROFOR entsteht auch als Reaktion auf Bestrebungen, das Waffenembargo gegen das ehemalige Jugoslawien zugunsten Bosniens aufzuheben. Diese Bestrebungen im US-Senat unter der neuen republikanischen Mehrheit werden vor allem aus innenpolitischen Gründen zur Vorbereitung der Präsidentschaftskandidatur von Senator Dole betrieben. Kein Entsendestaat würde es unter solchen Voraussetzungen verantworten, seine Soldaten im ehemaligen Jugoslawien zu belassen. Denn die Folge wäre eine enorme Verschärfung der Kriegshandlungen mit internationalem Eskalationsrisiko.

Vor dem Hintergrund solcher Möglichkeiten erscheint es dringend geboten, mit aller Macht für die Beibehaltung des Waffenembargos einzutreten und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, eine diesbezügliche Beschlußfassung des US-Senats nicht eintreten zu lassen. Wer den Abzug von UNPROFOR nicht will, darf sich nicht für eine Aufhebung des Embargos einsetzen.

4. Die Eventualplanung der NATO zum Schutz eines politisch nicht gewollten aber auch nicht auszuschließenden Abzugs der UN-Blauhelme im ehemaligen Jugoslawien ist im Hinblick auf das risikoreiche und aufopferungsvolle Engagement der Entsendestaaten eine Selbstverständlichkeit. Eine deutsche Beteiligung an NATO-Maßnahmen zum Schutz eines eventuell notwendig werdenden Abzugs der UN-Blauhelme ist nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Entsendestaaten, sondern auch unzweifelhaft eine Bündnisverpflichtung, wenn die NATO einen entsprechenden UN-Auftrag erhält. Dabei sollte die deutsche Beteiligung folgende Prinzipien beachten: Sie steht zu der gemeinsam vereinbarten Sicherheit der NATO-Partner und sie folgt dem Leitsatz, das Risiko der Verwicklung in bewaffnete Auseinandersetzungen so niedrig wie möglich zu halten und selbst nichts zu tun, was Kriegsführung bedeutet oder in ihr münden müßte.

Vorrangig über einzelne Bestandteile eines deutschen Beitrags zu diskutieren, ist jetzt wenig sinnvoll. Wichtiger ist, daß wir festhalten: Die NATO ist ein Bündnis, daß sich verpflichtet hat, die Lasten zu teilen. Angesichts der Krise, in der die NATO sich nicht zuletzt wegen Bosnien befindet, dürfte ein deutscher Hinweis auf die militärischen Fähigkeiten anderer NATO-Partner und eine Weigerung, die eigenen militärischen Fähigkeiten einzusetzen, die Zentrifugalkräfte innerhalb der NATO verstärken. Wir sollten uns über die Auswirkungen unserer Entscheidungen für das außenpolitische Ansehen und die Einflußmöglichkeiten der SPD also völlig im klaren sein.

Wir bestehen auf der Einhaltung der Verfahrensabläufe, die wir beim Bundesverfassungsgericht selbst erstritten haben und die entsprechende Informationen der Bundesregierung vorsehen, danach angemessene Konsultationen vor allem in den Ausschüssen des Bundestages nach sich ziehen und erst dann zu einer Entscheidung des Bundestages führen.

5. Die in den letzten Tagen die öffentliche Debatte bestimmenden Auseinandersetzungen über einen militärischen Schutz humanitärer Hilfsflüge sind ein innenpolitisch motiviertes Manöver der Bundesregierung. Die mit dem gestrigen Tage wieder aufgenommenen Hilfsflüge und der vereinbarte Waffenstillstand haben deutlich gezeigt, daß die von uns geforderten politischen Möglichkeiten gegeben sind, diesbezügliche Veränderungen zu erreichen. Darüber hinaus erscheint es auch sehr unwahrscheinlich, daß eine wie auch immer ins Auge gefaßte militärische Sicherung solcher Hilfsflüge durch ECR-Tomados die Zustimmung der UN und der NATO erhalten würden. Ein diesbezügliches Mandat der UN, das gegenwärtig nicht existiert, würde kaum erteilt werden. Auch unter Nützlichkeitsabwägungen wäre ein solcher Einsatz kaum sinnvoll, da die Ausschaltung von Risiken in der Luft nicht gleichbedeutend ist mit der Ausschaltung entsprechender Risiken am Boden. In diesem Sinne haben auch die Generalstabschefs in Den Haag die Nützlichkeit des Einsatzes von ECR-Tomados für die militärische Durchsetzung von Hilfslieferungen bezweifelt. Die Verwundbarkeit der anliegenden Maschinen durch Beschluß in der Umgebung des Flughafens Sarajevo ist dadurch nicht aufzuheben.

Meine Euch vorgetragene Einschätzung beruht auf Beratungen in den Fraktionsarbeitsgruppen für Außen- und Sicherheitspolitik sowie aus meinen intensiven Kontakten zu den Regierungschefs aus den Reihen der europäischen Sozialdemokratie und uns nahestehenden Ansprechpartnern in den internationalen Organisationen.

Ich möchte mit einem Appell an Euch schließen, diese politischen Einschätzungen bei Euren öffentlichen Stellungnahmen zu berücksichtigen. Wir dürfen nicht durch innerparteiliche Auseinandersetzungen über Einzelfragen den öffentlichen Nebelvorhang aufziehen, hinter dem sich dann die Bundesregierung verstecken kann.

(-/2. Januar 1995/hgs/ks)

*) Brief des SPD-Partei- und -Fraktionsvorsitzenden an die Mitglieder des SPD-Vorstands und der SPD-Bundestagsfraktion (21. Dezember 1994).